

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 16. Dezember 2022



Inhalt

Leitantrag der
Woche

Weitere Initiativen
der Sitzungswoche

Themen aus dem
Agrarausschuss

Terminrückschau
Wahlkreis

Terminvorschau

Liebe Leserinnen und Leser,

in der letzten Woche des Jahres 2022 hat die Unionsfraktion den Fokus auf die Iranische Protestbewegung gelegt. Die Proteste stellen mittlerweile das gesamte politische System der islamischen Republik in Frage und haben bereits zu zahlreichen Toten, Inhaftierten und Todesurteilen geführt. Deutschland muss die Protestbewegung der mutigen Frauen und Männer des Irans entschlossen unterstützen.

Darüber hinaus haben wir einige Themen in den Blick genommen, die wir selbst als Regierungspartei in der vergangenen Legislatur bereits auf den Weg gebracht haben, und die jetzt drohen, ins Stocken zu geraten. Dazu gehören unter anderem der Breitbandausbau und die Stärkung unserer Bundespolizei.

In zwei Aktuellen Stunden haben wir uns zudem mit der Bedrohung durch die Reichsbürgerszene sowie mit der prekären Lage in deutschen Kinderkliniken befasst. Weiteres wichtiges Thema der Sitzungswoche war die Energiepreisdeckelung in Form einer Strom- und Gaspreisbremse.

Im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft standen die Themen Bioenergie und Tierhaltungskennzeichnungsgesetz im Fokus.

Zum Abschluss meiner Energietour 2022 durfte ich in der Backstube der Bäckerei Edinger selbst Hand anlegen. Was es mit dem "Hischaboggl" auf sich hat, berichte ich Ihnen im Folgenden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien nun ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in ein gutes und gesundes Jahr 2023.

CDU

Hermann Färber
Ihr Hermann Färber MdB



Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen

Ausgelöst durch den Tod der 22-jährigen Iranerin Mahsa Amini im Polizeigewahrsam finden seit dem 16. September großflächige Proteste im Iran statt. Die Proteste stellen das politische System der „Islamischen Republik“ und deren Führer Ayatollah Ali Chamenei in Frage. Berichte von Menschenrechtsgruppen sprechen bereits von über 400 Toten und mehreren tausend Verletzten, darunter auch viele Frauen und Kinder. Die Sicherheitsbehörden gehen mit großer Brutalität gegen die Proteste vor. Inzwischen kam es bereits zur Verhängung und öffentlichen Vollstreckung von Todesurteilen gegen Protestierende. Die mutigen Demonstranten im Irans verdienen unsere Unterstützung.

In unserer Fraktionssitzung am 13. Dezember sind wir daher in den Austausch mit der Iran-Expertin und ehemaligen ARD-Korrespondentin in Teheran, Natalie Amiri, gegangen. Darüber hinaus setzen wir unseren Antrag „Iranische Protestbewegung entschlossen unterstützen“ erneut auf und unterstreichen so unsere Forderungen an die Bundesregierung: Die EU-Sanktionen gegen Akteure der iranischen Regierung, die aktiv die Rechte der Frauenbewegung unterdrücken, müssen ausgeweitet werden. Deutschland muss im EU-Rahmen entschiedener und schneller handeln. Die EU muss zudem die iranischen Revolutionsgarden (IRGC) als terroristische Vereinigung listen. Darüber hinaus fordern wir eine Neubewertung des Nuklearabkommens (JCPOA) mit dem Iran.

Antragsstopp bei der Breitbandförderung beenden

In der vergangenen Legislatur hat die unionsgeführte Bundesregierung das Breitbandförderprogramm weiter vereinfacht, um den Ausbau mit schnellem Internet voranzutreiben. Hierzu wurden unter anderem die Antragsbedingungen deutlich vereinfacht und der Fokus auf noch unterversorgte Gebiete gelegt. Mit ihrem jetzigen Kurs in der Breitbandförderung vernachlässigt die Ampel jedoch einmal mehr den ländlichen Raum und schafft mit dem noch bis zum Frühjahr 2023 andauernden Antragsstopp eine riesige Lücke in der Breitbandförderung.

Unser Antrag zielt darauf ab, den Antragsstopp bei der Breitbandförderung sofort zu beenden, einen Entwurf einer neuen Breitband-Förderrichtlinie auszuarbeiten und diesen den an der Umsetzung Beteiligten, sprich: den Ländern und Kommunen, vorzustellen. Wir brauchen zudem endlich einen Zeithorizont, bis wann voraussichtlich die neue Förderrichtlinie in Kraft tritt und neue Förderanträge gestellt werden können.

Darüber hinaus erwarten wir, dass Kommunen ihre bereits geleisteten Vorarbeiten – insbesondere Markterkundungsverfahren – nach der alten Förderrichtlinie auch für Anträge nach der neuen Förderrichtlinie verwenden können. Sonst gehen wertvolle Zeit und Arbeit verloren. Zudem muss die Bundesregierung sicherstellen, dass durch Priorisierung und Umschichtung im Bundeshaushalt ausreichend Mittel für den Breitbandausbau zur Verfügung stehen.



Bildquelle: Hermann Färber.

Bundespolizei als zentrale Säule der inneren Sicherheit weiter stärken

Rund 54.000 Bundespolizistinnen und Bundespolizisten sorgen Tag für Tag für unsere Sicherheit. Sie schützen 3.831 Kilometer Land- und 888 Kilometer Seegrenze, sichern 33.399 Kilometer Bahngleise und etwa 5.700 Bahnhöfe. An 13 großen deutschen Flughäfen sorgen sie für die Sicherheit des Luftverkehrs. Sie bewachen Verfassungsorgane sowie Bundesministerien und bekämpfen Schleusungskriminalität, banden- und gewerbsmäßige Eigentumsdelikte. Zur Erfüllung ihres Auftrags benötigt die Bundespolizei vor allem drei Dinge: Ausreichend Personal, das angemessen bezahlt wird, eine moderne, den Einsatzsituationen angemessene Ausstattung und zeitgemäße Handlungsbefugnisse.

Die CDU/CSU hat bereits in der vergangenen Legislatur eine deutliche Stärkung der Bundespolizei erreicht. Dieser Prozess muss weitergeführt werden, was wir mit unserem Antrag fordern. Die Bundesregierung muss die notwendigen Mittel im Bundeshaushalt bereitstellen und dagegen auf ideologisch motivierte Maßnahmen wie die Kennzeichnungspflicht, die Ausdruck von Misstrauen gegenüber der Bundespolizei sind, verzichten.

Energiepreisdeckelung

Diese Woche hat der Deutsche Bundestag die von der Koalition vorgelegten Maßnahmen zur Energiepreisdeckelung beschlossen. Sprich: die Preisbremse für leitungsgebundenes Erdgas und Wärme sowie die Einführung einer Strompreisbremse. Die Bundesregierung hat in den letzten Monaten zu einer großen Verunsicherung der Haushalte und Unternehmen geführt – etwa auch durch die geplante Gasumlage, die den Preis noch weiter verteuert hätte. Hätte die Regierung nicht so lange gezögert und wäre stattdessen der Sommer konsequent genutzt worden, hätten die Preisbremsen schon zum Winter greifen können. Nun kommen sie erst ab März 2023, und die Ampel ist gezwungen, mehrere Notlösungen drum herum zu bauen. Das Ergebnis: Ein überaus kompliziertes Geflecht, das viele Fragen der Umsetzung aufwirft.

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw50-de-energiepreisbremse-924550>.



Bildquelle: Hermann Färber.

Änderungsanträge zur Bioenergie im Strompreisbremsengesetz

Der Bundestagsausschuss für Klima und Energie hat diese Woche Änderungsvorschläge zum Strompreisbremsengesetz und damit zur Stromerlösabschöpfung verabschiedet. Das ist ganz klar der Verdienst der vielen Unternehmer und Anlagenbetreiber, die zusammen mit uns Unionspolitikern auf den Irrsinn der vorliegenden Entwürfe der Ampel aufmerksam gemacht haben. Positiv ist, dass die Abschöpfung von Strommarkterlösen nun erst ab 1 MW Bemessungsleistung greifen soll und auch der zusätzliche Sicherheitszuschlag von 9 Cent/kWh für Biogasanlagen ist unerlässlich für die Wirtschaftlichkeit der Anlagen, die damit die variablen und fixen Betriebskosten kompensieren können. Der erhöhte Sicherheitszuschlag für Altholzanlagen ist außerdem ein wichtiger Schritt, um trotz massiv gestiegener Brennstoffkosten kostendeckend arbeiten zu können.

Problematisch bleibt, dass der Sicherheitszuschlag ausgeforderten Altholzanlagen nicht zugestanden wird. Auch für Restholz- und Strohheizkraftwerke ist der Abschöpfungsmechanismus nach wie vor desaströs. An der Tatsache, dass die Erlöse aus der flexiblen und netzdienlichen Stromerzeugung weiterhin unter die Abschöpfung fallen, hat sich nichts verändert. Diese politische Fehlentscheidung kann ich nicht nachvollziehen - auch mit Blick auf die weiterhin angespannte Energiesituation in Deutschland.



Bildquelle: Hermann Färber.

Letzter Termin meiner Energietour im Jahr 2022

Einfach zu formen aber schwierig zum Aussprechen - zumindest beim ersten Mal: der "Hischaboggl", eines der traditionellen Backwerke aus der Handwerksbäckerei Edinger in Salach. Für Senior-Chef Markus Edinger stehen Tradition und die Weitergabe der handwerklichen Fähigkeiten an oberster Stelle. Mit ihm, seinem Sohn und Gästen diskutierte ich über die Schwierigkeiten von Bäckereien im Zuge der Energiekrise.

Eine bezahlbare Lösung für den Energiebezug ist vor allem für Handwerksbäckereien ein entscheidender Punkt. Insbesondere beim Strom seien die Kosten explodiert, weil der Strom über den Spot-Markt bezogen werden muss, berichtete Edinger. Zu den steigenden Kosten kommt eine Verdopplung der Rohstoffkosten für die Backwaren hinzu, die die familiengeführte Bäckerei auffangen muss. Um künftig den Energiebedarf für private Haushalte, das Handwerk, die Industrie und die Wirtschaft nachhaltig und mit Blick auf einen wirksamen Klimaschutz decken zu können, brauchen wir bezahlbare und zu Ende gedachte Lösungen. Vor allen Dingen braucht es einen funktionierenden und sinnvollen Mix aus fossilen und regenerativen Energieressourcen. Beeindruckend für mich war daher, dass bei Familie Edinger die Leidenschaft für das Bäckerhandwerk ungebrochen ist und dass die nächste Generation für die Übergabe des Betriebs bereitsteht.

Einweihungsfahrt und Festakt der Neubaustrecke Wendlingen - Ulm

Am letzten Freitag habe ich an dem Festakt für die Neubaustrecke Wendlingen - Ulm teilgenommen. Nach zehn Jahren Bauzeit wird die Strecke in Zukunft vieles verändern. Der neue Bahnhof Merklingen verbessert die Mobilität auf der Alb und mit Hochgeschwindigkeit werden hier nun vorerst im Stundentakt die mit über 200 km/h schnellsten Regionalzüge Deutschlands fahren. Viele Menschen bekommen durch den neuen Halt einen verbesserten Zugang zum Schienennetz und in der Raumschaft entstehen neue Möglichkeiten.



Terminvorschau

- 18. Dezember: Winterwanderweg mit dem THW Gruibingen
- 19. Dezember: Kreisvorstand mit Ortsvorsitzendenkonferenz und Weihnachtsfeier in Eislingen
- 20. Dezember: Stammtisch mit der Schülerunion und CDA in Göppingen
- 21. Dezember: MIT Weihnachtsfeier in Göppingen
- 23. Dezember: Weihnachtsfeier der Jungen Union Göppingen
- 16. - 20. Januar 2023: Nächste Sitzungswoche in Berlin

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de